

Halteverbotsregelung in der Guffertstr. überarbeiten

Antrag:

Der Bezirksausschuss Berg am Laim bittet die Stadtverwaltung darum, die kürzlich angeordnete wechselseitige Halteverbotsregelung in der Guffertstr. zu überarbeiten. Ziel soll es sein, die Wechsellpunkte mit beidseitigen Halteverböten zu minimieren und wieder mehr legale Stellplätze im Straßenraum zu schaffen.

Konkret wird vorgeschlagen, abschnittsweise durchgängig auf einer Straßenseite Halte- bzw. Parkverbote anzuordnen:

- Zwischen St.-Veit-Str. und Sonnwendjochstr. Halteverbot auf der nördlichen Straßenseite, Parken auf der Südseite.
- Zwischen Sonnwendjochstr. und Rofanstr. Halteverbot auf der südlichen Straßenseite, Parken auf der Nordseite.
- Kurzzeitparkplätze im Bereich der Gewerbebetriebe Guffertstr. 17 (Elektriker) und Guffertstr. 31 (Druckerei): Beschränkung auf 1 Stunde im Zeitraum 8 bis 20 Uhr.
- Ersatz der Halteverbots- durch Parkverbotsschilder, wo dies vertretbar ist.

Der Bezirksausschuss bittet um Prüfung und ggf. Realisierung dieses Vorschlags und steht weiterhin gerne für einen Ortstermin zur Verfügung.

Begründung:

Die Anordnung des wechselseitigen weitgehenden Halteverbots in der Guffertstr. hat gemäß der Auskunft des Kreisverwaltungsreferats zu ungewöhnlich vielen Beschwerden von Seiten der Anwohnerinnen und Anwohner geführt. Die Anordnung von Halteverböten auf häufig wechselnden Straßenseiten soll zwar zu einer Reduktion der Durchfahrtsgeschwindigkeit führen, bedingt aber auch, dass an den Wechsellpunkten zwangsläufig beidseitiges Halteverbot gilt. Die aktuell entlang dieser Anwohnerstraße mit sehr geringer Verkehrsbelastung immer wieder ausgewiesenen beidseitigen Halteverbote sind für einen optimalen Begegnungsverkehr aus Sicht des Bezirksausschusses nicht notwendig.

Auch scheinen die Interessen anliegender Gewerbebetriebe nicht ausreichend berücksichtigt zu sein, die derzeit über keine Anliefer- und Anfahrmöglichkeiten mehr verfügen. In anderen Straßen mit einem ähnlichen Querschnitt, wie beispielsweise der Niederalmstr. in Ramersdorf-Perlach, ist es gelungen, durch angepasste Lösungen mehr Parkplätze zu erhalten. Da ein Ortstermin bislang durch das Kreisverwaltungsreferat abgelehnt wurde, schlägt der Bezirksausschuss auf diesem Weg eine Alternativlösung vor.